EUROPA 10.09.2026 | Kristina Birke Daniels

Jenseits der Brandmauer

Schweden wählt nach vier Jahren unter dem Einfluss von Rechtspopulisten. Die Sozialdemokraten halten dagegen – mit sozialen Themen.

Im August klebte auf Linienbussen eines Verkehrsbetriebs in Westschweden: „Vermisst Du Mogadischu? Der Rückkehrzuschuss hilft Dir nach Hause." Die Wahlwerbung der rechtspopulistischen Schwedendemokraten (SD) provozierte viele Menschen. Zivilgesellschaft, Gewerkschaft und Medien reagierten empört. Besonders bemerkenswert aber war, dass sich rund zwanzig Busfahrer mit somalischen Wurzeln krankmeldeten: Aus Angst weigerten sie sich, die Fahrzeuge zu steuern. Der deutlichste Protest kam also von den Menschen, die den Laden am Laufen halten. Solche Momente haben den polarisierten Wahlkampf 2026 geprägt.

Seit vier Jahren zeigt Schweden, was geschieht, wenn die Brandmauer gegenüber der radikalen Rechten fällt. Am 14. Oktober 2022 unterzeichneten Moderate, Christdemokraten und Liberale mit den Schwedendemokraten (SD) das Tidö-Abkommen – für die Regierung „die umfassendste Reformagenda der jüngeren Zeit". Es ist ein Bild für eine andere schwedische Zukunft. Die SD, 1988 aus dem Milieu der militanten Rechten entstanden, stützen die Regierung seitdem offiziell aus der zweiten Reihe, faktisch aber als Taktgeber. Sie arbeiten gut mit ihren Koalitionspartnern zusammen und bieten ihren Wählern zugleich eine pragmatische Form von Nationalismus. Experten nennen das Normalisierung. SD-Chef Jimmie Åkesson nutzt dieses Sprungbrett und fordert die Hälfte aller Ministerien für seine Partei, darunter drei der vier wichtigsten Ressorts und das Migrationsministerium; die Koalitionspartner haben ihm Verhandlungen zugesichert. Åkesson führt den Regierungsblock an, er setzt die Bedingungen. 2030 will er Ministerpräsident sein.

Die Sozialdemokraten sind weiter die größte Partei und liegen laut der letzten Umfrage von Novus bei 26,6 Prozent. Und doch entspricht das ihrem schwächsten Wert seit über 100 Jahren. Der Mitte-links-Block führt dennoch mit 50,7 zu 48,1 Prozent, allerdings innerhalb der Fehlermarge. Ein früherer Zehn-Punkte-Vorsprung ist

dahingeschmolzen, und zugleich schaffen die totgesagten Liberalen mit 5,8 Prozent den Wiedereinzug, was der Regierung nützt. Der Ausgang der Wahl ist offen. Magdalena Andersson, Vorsitzende der Sozialdemokraten und Kandidatin für das Amt der Ministerpräsidentin, kann die Wahl noch gewinnen. Es lohnt sich, die Strategie, mit der sie nach vier Jahren Tidö die Macht zurückerobern will, näher zu betrachten.

Der Wahlkampf dreht sich stark um Koalitionsarithmetik: Wer kann mit wem regieren, welche Kleinpartei wird zum Zünglein an der Waage? Gleichzeitig haben sich die Parteien inhaltlich angenähert. Der rechte Block übernimmt sozialpolitische Forderungen der Sozialdemokraten, diese wiederum nähern sich Positionen der Rechten bei Migration und Sicherheit an. Selbst die konservativen Moderaten versprechen inzwischen kostenlose Kinderbetreuung nach der Schule – ein Vorschlag, der noch als zu radikal galt, als ihn die Sozialdemokraten machten. Umso wichtiger wird die Frage, womit sich überhaupt noch neue Wähler mobilisieren lassen.

Andersson versucht, „Zusammenhalt“ als sozialdemokratischen Begriff zurückzugewinnen und ihn nicht der Rechten zu überlassen.

Andersson versucht deshalb, über die Blockpolitik hinauszugreifen und bietet ihre Zusammenarbeit mit allen – außer mit den SD – an: mit den Christdemokraten bei der Pflege, mit der Zentrumspartei in der Energiepolitik. In ihrer Wahlkampfantrittsrede am 3. August formulierte sie drei Prinzipien: Sicherheit, Wohlstand, Zusammenhalt. Und den bemerkenswerten Satz: „In schweren Zeiten muss Schweden zusammenhalten. Wir weigern uns zu akzeptieren, dass unser Land gespalten wird und dass Unterschiede zwischen Menschen aufgrund von Herkunft, Religion oder Geschlecht gemacht werden.“ Damit versucht Andersson, „Zusammenhalt“ als sozialdemokratischen Begriff zurückzugewinnen und ihn nicht der Rechten zu überlassen.

Vier Jahre Tidö haben Schweden sozial polarisiert. Vermögende profitierten von Steuersenkungen, zugleich stiegen Kinderarmut und Arbeitslosigkeit – Schweden hat eine der höchsten Arbeitslosenquoten der EU. Besonders getroffen ist die Zivilgesellschaft: Vorfeldorganisationen, politische Bildungsträger und NGOs der Demokratiebildung verzeichnen massive Kürzungen und werden deutlich seltener konsultiert, als es die schwedische Demokratietradition

verlangt. Der Umgangston in der Politik und auf der Straße hat sich gewandelt.

Das ist keine demokratische Erosion im Sinne Ungarns oder Polens – die Institutionen halten. Aber es ist eine Verengung der schwedischen demokratischen Kultur: weniger Konsultation, weniger Widerspruch, weniger Räume, in denen Politik gemeinsam mit der Gesellschaft entwickelt wird. Diese Verengung hat dazu beigetragen, dass die politische Auseinandersetzung rauer geworden ist. Zugleich hat sich der gesellschaftliche Konflikt auf materielle Fragen verlagert. In der Wahrnehmung vieler verwöhnt Tidö die Reichen, während der Rest zahlt: krank am Schreibtisch, mit überteuertem Zahnersatz, in Sorge um Wohnungsmarkt, Rente und Schule. Die Regierung nennt Entlastung unbezahlbar.

Die sozialdemokratische Plattform hält dagegen: mit konkreten, erzählbaren Versprechen wie der Abschaffung des Karenztags, günstigeren Medikamenten, mit einer Zahnreform mit höchstens zehn Prozent Eigenanteil, mit Profitverbot für Schulen und für Mieten, die nicht dem Markt überlassen werden. Wer das für eine unterfinanzierte Wunschliste hält, vergisst: Andersson war Finanzministerin. An Geld mangelt es Schweden nicht. Die Regierung hat die Steuereinnahmen um über 100 Milliarden Kronen gesenkt, überwiegend zugunsten der Besserverdienenden. Allein die Erhöhung der RUT- und ROT-Abzüge für Putzhilfen und Renovierungen kostet mehr, als es kosten würde, allen Arbeiterhaushalten eine gesunde Zahnbehandlung zu ermöglichen. Laut Ipsos haben Haushaltsfinanzen und Gesundheit die Kriminalität als wichtigstes Wahlkampfthema abgelöst.

Und dennoch spielt auch die Migration im Wahlkampf eine Rolle. Denn obwohl die Sozialdemokraten eine restriktive Migrationspolitik mittragen, machen die Schwedendemokraten sie zur Zielscheibe ihres Kulturwahlkampfs und inszenieren sie als Risiko bis hin zum Vorwurf, „sie schützen kriminelle Ausländer vor der Abschiebung“. Die Regierung hat weitgehend die Migrationspolitik der Rechten durchgesetzt, darunter auch erste Elemente von „Remigration“: Der erwähnte Rückkehrzuschuss stieg 2026 auf 350 000 Kronen (rund 30 000 Euro) pro Erwachsenen; die Wartezeit für eine Staatsbürgerschaft wurde verlängert, verschärfte Prüfmaßstäbe galten rückwirkend auch für laufende Staatsbürgerschaftsanträge, die Aberkennung erteilter Staatsbürgerschaften wird möglich. Rechtsstaatlich heikles Terrain. Nach einer fatalen Entscheidung erhielten sogar jugendliche Kinder von Eltern mit gültigem Aufenthaltstitel Abschiebungsbescheide. Doch damit schien die Regierung zu weit gegangen zu sein: Es kam zu Demonstrationen. Tidö-Koalitionärin Ebba Busch, Parteiführerin der

Christdemokraten, zeigte sich reumütig.

Die Einbindung der Schwedendemokraten hat die Partei weder gemäßigt noch verkleinert, sondern ihren Einfluss auf Regierungspolitik und politische Agenda vergrößert.

Die Lehre daraus lautet, dass es sich nicht lohnt, die Brandmauer aufzugeben. Schweden zeigt vielmehr, was geschieht, wenn sie aufgegeben wird. Die Einbindung der Schwedendemokraten hat die Partei weder gemäßigt noch verkleinert, sondern ihren Einfluss auf Regierungspolitik und politische Agenda vergrößert. Das Ende der Brandmauer bedeutet nicht das Ende der Demokratie. Aber es kann die radikale Rechte normalisieren, ihre Macht vergrößern und die politische Kultur verändern. Wer das verhindern will, muss politische Mehrheiten organisieren, bevor die Brandmauer überhaupt zur entscheidenden Frage wird.

Die Sozialdemokraten überließen die Sorgen der Bürger nicht der Gegenseite. Sie haben aber verstanden, dass ein Wahlkampf, der den Themen der rechten Parteien hinterherhechelt, verloren geht, wie 2022. Mittlerweile setzen sie selbst wieder die Themen: Abschaffung des Karenztags, Zahnreform, nicht profitgetriebene Schulen. Der Wind hat sich gedreht, auf einmal kommt die inklusive Erzählung durch. Zum ersten Mal in zehn Jahren rückt die Agenda der Schwedendemokraten in den Hintergrund. Anderssons Satz gegen die Spaltung nach „Herkunft, Religion oder Geschlecht“ rahmt „Zusammenhalt“ als sozialdemokratisches Projekt.

Schwedens Sozialdemokratie zieht damit mit einem klaren linken wirtschaftspolitischen Profil und konkreteren Angeboten als 2022 in die Wahl. Zugleich halten sie unbeirrt an der Grenzziehung nach ganz rechts fest. Ob die Rechnung aufgeht, entscheidet sich am Sonntag. Es lohnt sich hinzusehen.



Kristina Birke Daniels
Stockholm

Kristina Birke Daniels ist Direktorin des FES-Regionalbüros für die Nordischen Länder in Stockholm. Zuvor war sie für die FES als Leiterin in Kolumbien, Marokko und Indien tätig.